

Der Kreuzzug der Pro-Prostitutions-Lobby

Ane Stø und Asta Håland

[Aus *The Nordic Model* von Trine Rogg Korsvik und Ane Stø, 2013]

Die OECD schätzt, dass in Europa jedes Jahr mindestens 500.000 Menschen in die Prostitution verkauft werden. Zurzeit konzentriert sich die Diskussion in vielen Ländern auf Strategien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, von Prostitution und organisierter Kriminalität, zumal die Prostitution um die Jahrtausendwende legalisiert und als gängige "Sexarbeit" eingestuft wurde. Diese Legalisierung fand 1998 in Österreich und Griechenland statt, im Jahre 2000 in den Niederlanden und 2002 in Deutschland. In Europa wird das liberalistische Modell - bei dem Frauen aus weniger entwickelten Ländern neben anderen Waren in ein Land importiert werden - von den Niederlanden, Dänemark und Deutschland unterstützt.

Doch die Legalisierung als Mittel zur Kontrolle und Regulierung der Sexindustrie führte nicht zum beabsichtigten Ergebnis. Stattdessen entstand eine immense illegale Industrie, getarnt hinter legalen Bordellbetrieben. Prostitution als eine Beschäftigung wie jede andere zu definieren, dient nicht dazu, die Rechte von Prostituierten zu sichern, sondern verhilft vielmehr Zuhältern und Menschenhändlern zu einem sicheren Einkommenspolster. Zurzeit wird in Frankreich, Albanien, Finnland, Schottland und Irland über das nordische Modell diskutiert, welches den Akt des Kaufs, aber nicht des Verkaufs sexueller Dienstleistungen unter Strafe stellt. Selbst im liberalen Dänemark gibt es kraftvolle Bestrebungen, in der Gesetzgebung dem Beispiel Schwedens, Norwegens und Islands zu folgen, da das Vertrauen in das deutsche/niederländische Modell schwindet. [Anm. d. Übers. im Juli 2019: Außer Schweden, Norwegen und Island entschieden sich bereits Irland, Nordirland, Schottland, Frankreich, Kanada und Israel für das nordische Modell; in Spanien wird darüber diskutiert.] Die empirischen Daten belegen klar: Ein Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen führt tatsächlich zu den beabsichtigten Ergebnissen.

Das Versagen der Legalisierung

Das Bundesgesundheitsministerium schätzte die Zahl der Prostituierten in Deutschland im Jahre 2012 auf nahezu 400.000. Arnold Plickert, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, sagte gegenüber *RP Online*: "Das Gesetz war ein Schuss in den Ofen. Es war zwar gut gemeint, hat aber die Kriminalität gefördert."⁽¹⁾ Nach Angaben der Polizeibehörden ist die Prostitution ein riesiger Markt mit einem Jahresumsatz von rund 14,5 Milliarden Euro. Bevor Bordelle und die "Vermittlung" von Prostituierten legalisiert wurden, behaupteten Anhänger der Legalisierung, dass sich das Leben der Prostituierten durch Arbeitnehmerrechte, Gewerkschaften und den Zugang zur Krankenversicherung verbessern würde. Aber keines dieser Versprechen hat sich bewahrheitet. Sowohl vor als auch nach der Legalisierung waren mehr als 80% der in den Bordellen beschäftigten Frauen Osteuropäerinnen oder Asiatinnen, die meisten davon waren illegal eingewandert.

DER SPIEGEL hat im Mai 2013 einen langen Artikel veröffentlicht, der beschreibt, wie die Legalisierung in Deutschland zu weniger Rechten und geringerem Einkommen für Prostituierte geführt hat.⁽²⁾ Der Münchener Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer berichtet von einer explosionsartigen Zunahme des Menschenhandels aus Rumänien und Bulgarien. Im Jahre 2006, fünf Jahre nach Einführung der Legalisierung, hat das deutsche Bundesfamilienministerium das Gesetz evaluiert. Laut *DER SPIEGEL* kam der Bericht zu dem Schluss, dass das Gesetz zu keiner spürbaren Verbesserung für die Prostituierten geführt habe. Es gab auch keinerlei Hinweis dafür, dass die Deregulierung zu weniger Kriminalität geführt habe. Deutsche Polizeibeamte klagen darüber, dass sie keine Erlaubnis mehr hätten, Bordelle zu durchsuchen. Deutschland sei ein "Zentrum der sexuellen Ausbeutung junger Frauen aus dem Osten Europas und zu einem Aktionsfeld mafiöser Gruppierungen aus aller Welt" geworden, sagt ein pensionierter Polizist gegenüber *DER SPIEGEL*.

Mit der Legalisierung der Prostitution im Jahr 2000 wurde in den Niederlanden das Verbot von Bordellen und Zuhälterei aufgehoben [Zuhälter/Bordellbetreiber galten fortan als "normale Arbeitgeber", sofern kein Zwang nachweisbar war; Anm. d. Übers.]. Der Gedanke dahinter war: Da es unmöglich ist, die Prostitution zu bekämpfen, so würden ohne die gesetzlichen Sanktionen doch immerhin die Bedingungen für Menschen in der Prostitution verbessert. Ziel der Legalisierungspolitik war es, durch die Vergabe kommunaler Lizenzen die Kontrolle über das Prostitutionsgewerbe zu erlangen, um Zwangsprostitution entgegenzuwirken, Minderjährige vor sexuellem Missbrauch zu schützen, die Lebens-

und Arbeitsbedingungen für Prostituierte zu verbessern, die Verbindung zwischen Prostitution und kriminellem Umfeld zu schwächen und den Umfang des Menschenhandels zu verringern.

Im Jahr 2008 führte die niederländische Polizeibehörde eine Umfrage durch, deren Ergebnis das komplette Versagen der Legalisierungspolitik belegte. Laut Bericht ging man davon aus, dass geschätzte 50-90% der Frauen in der legalisierten Prostitutionsindustrie "unfreiwillig arbeiten", und dass ihre Tätigkeit auf die eine oder andere Weise erzwungen sei. Der Daalder-Bericht von 2007(3) untersuchte die Bedingungen in der Prostitution im Jahre 2006 im Hinblick auf die ursprünglichen Regierungsziele und kam zu dem Schluss, dass die Legalisierungspolitik ein Fiasko war. Das Ziel, die "freiwillige" Prostitution zu regulieren, war nicht erreicht worden, und die Forscher stellten fest, dass der größte Teil der Sexindustrie immer noch illegal operierte. Die Legalisierung hat die Prostitution alltäglicher und akzeptabler gemacht, während der Gewinn für die Mittelsleute steigt, wenn sie Steuern, Arbeitsinspektionen und Gesundheitskontrollen vermeiden können.

Nach 13 Jahren vollständiger Legalisierung wissen die niederländischen Behörden nicht, wie viele Minderjährige sich in der Prostitution befinden. Polizeikontrollen haben die Präsenz von Minderjährigen im legalen Bereich des Gewerbes verringert, aber die Anzahl Minderjähriger, die im illegalen Bereich der Prostitutionsindustrie arbeiten, ist unbekannt.(4) Das primäre Ziel der Legalisierung bestand in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Prostituierten, aber die Berichte fallen in diesem Punkt vernichtend aus. Nach sechs Jahren der Legalisierung war das emotionale Wohlbefinden der Prostituierten signifikant schlechter als zuvor, und der Gebrauch von Beruhigungsmitteln hatte zugenommen. Viele suchten Hilfe beim Ausstieg aus der Prostitutionsindustrie, doch nur 6% der Kommunen bieten solche Hilfen an.

Die Probleme, denen die Niederlande und Deutschland in ihrem Kampf um die Regulierung der aggressiven Prostitutionsindustrie gegenüberstehen, werden von jenen, die die Prostitution erleichtern wollen, nie erwähnt. Im Gegenteil, sie verbreiten international Lügen über das nordische Modell, Lügen, die wir immer wieder widerlegen müssen. Seit dem Inkrafttreten des schwedischen Sexkaufgesetzes im Jahre 1999 hat die Pro-Prostitutions-Lobby weltweit ihre Propaganda verbreitet und behauptet, das Gesetz habe nicht die beabsichtigte Wirkung gehabt. Seitdem Norwegen und Island 2009 dem Vorstoß Schwedens gefolgt sind, haben sie ihre Anstrengungen in diesem Bereich noch verstärkt. Das nordische Modell ist zu einer sehr realen Bedrohung für die milliardenschwere internationale Menschenhandelsindustrie geworden.

Leider ist das nordische Modell nicht nur mit dem Widerstand vonseiten der internationalen Pro-Prostitutions-Lobby konfrontiert. Im September 2013 gehörte die Aufhebung des Sexkaufgesetzes zum Wahlkampfprogramm einiger norwegischer Parteien wie der Liberalen Partei (*Venstre*), der Konservativen Partei (*Høyre*), der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (*Fremskrittspartiet*) und der Grünen Partei (*Miljøpartiet de grønne*). Während wir dies schreiben, wird eine Mehrheit der Sitze im norwegischen Parlament (*Stortinget*) von Parteien besetzt, die ein Gesetz aufheben möchten, das wir als hervorragendes Instrument zur Reduzierung von Prostitution, Menschenhandel und anderen Bereichen der organisierten Kriminalität betrachten. Und dies geschieht nur fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes.

Island hat 2009 nicht nur den Kauf sexueller Dienstleistungen, sondern auch Stripteaselokale verboten. Die isländische Regierung zog damals sogar die Entwicklung eines Internet-Pornofilters in Erwägung, bevor sie das Kabinett verlassen musste. Mit der neuen isländischen Regierung wird es jedoch keinen Pornofilter geben, und die feministische Bewegung kämpft immer noch dafür, dass die Polizei das Gesetz gegen die Freier anwendet.

Im Jahre 2011 machte die derzeitige Regierungskoalition in Dänemark mehrheitlich die Kriminalisierung des Kaufs sexueller Dienstleistungen zum Wahlversprechen; nur ein Jahr später änderte die Sozialdemokratische Partei jedoch ihre Position zu diesem Thema und beschuldigte eine der kleineren Koalitionsparteien. Wie wir sehen können, haben die Gegner des nordischen Modells in den letzten fünf Jahren einige Siege eingefahren. Warum und wie gewinnen die Cheerleader der Prostitution in den nordischen Ländern derzeit an Boden?

Bewertung des schwedischen Sexkaufgesetzes

Zu den Zielen des schwedischen Sexkaufgesetzes von 1999 gehörte die Prävention und Reduzierung von Menschenhandel, die Verringerung der Zahl der Sexkäufer sowie eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Auch hoffte man, das Verbot würde zur Eindämmung sexualisierter Gewalt von Männern gegen Frauen beitragen und der Polizei ein zusätzliches Instrument zur Bekämpfung von Menschenhandel und Prostitution an die Hand geben.

Im November 2010 wurde die Bewertung des Sexkaufgesetzes durch die schwedische Regierung veröffentlicht: [Förbud mot köp av sexuell tjänst. En utvärdering 1999-2008](#) (Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen. Eine Bewertung, 1999-2008). Die Bewertung war von einem Ausschuss unter der Leitung der schwedischen Justizkanzlerin Anna Skarhed durchgeführt worden. Der Rest des Ausschusses bestand aus verschiedenen Sachverständigen in diesem Bereich. Die Bewertung betrifft die Auswirkungen des Verbots während der ersten neun Jahre.

Die wichtigste Schlussfolgerung: Das Gesetz hat seine beabsichtigte Wirkung erzielt und ist ein wichtiges Instrument zur Prävention und Reduzierung von Prostitution. Über die Bedeutung und die Auswirkungen des Gesetzes ist sich die Politik heute weitgehend einig. Polizeivertreter stellen fest, dass Schweden infolge des Gesetzes ein weniger attraktives Land für Menschenhändler geworden ist. Die Straßenprostitution wurde um 50% reduziert, und weniger Männer kaufen Sex als zuvor. Im Jahre 2013 gaben 8% der schwedischen Männer an, sexuelle Dienstleistungen gekauft zu haben; 1996 waren es noch 13%. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf das gestiegene Bewusstsein der schwedischen Männer zurückzuführen, dass der Kauf sexueller Dienstleistungen grundsätzlich falsch ist.

Trotz internationaler Propagandabemühungen der Pro-Prostitutions-Lobby gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die Gewalt gegen Prostituierte zugenommen hat oder sich die Lebensbedingungen der Prostituierten verschlechtern. Prostituierte erleben vielmehr eine Situation, in der sie mehr Macht über ihr eigenes Leben besitzen, da sie nun in der Lage sind, bedrohliche Kunden der Polizei zu melden. Auch hat das Gesetz es für die Frauen in der Prostitution leichter gemacht, Hilfe zu suchen, um aus ihrer Situation herauszukommen. Es ist für die sozialen Dienste nicht schwieriger geworden, mit den Prostituierten Kontakt aufzunehmen, wie viele Gegner des Gesetzes behaupten.

Befragt wurden Personen, die sich noch in der Prostitution befinden, sowie Personen, die die Prostitution verlassen haben: Diejenigen, die sich noch in der Prostitution befinden, sehen das Sexkaufgesetz skeptisch und befürchten, dass ihre Meinungen nicht gehört würden. Sie fühlen sich auch als Gruppe stigmatisiert und benötigen den Schutz der Gesellschaft. Jene, die aus der Prostitution ausgestiegen sind, stehen dem Verbot durchweg positiver gegenüber und glauben, dass es ihnen die Kraft gegeben habe, die Prostitution zu verlassen, ohne sich selbst die Schuld für den erlittenen Missbrauch zu geben.

In Bezug auf das Ausmaß der Prostitution geht aus der Bewertung hervor, dass das Prostitutionsgewerbe in Schweden im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern stagniert oder sogar gesunken ist. Die Prostitution wurde um 50% reduziert, und es gibt keinen Hinweis auf eine eventuelle Verlagerung auf andere Schauplätze, wie etwa den Innenbereich. Des Weiteren hat auch die Zahl der Bordelle nicht zugenommen. Alles in allem deutet nichts darauf hin, dass sich der Prostitutionsmarkt in den Untergrund verlagert hat, und die Polizei berichtet, sie habe einen guten Überblick über die Prostitutionsszene. Das Sexkaufgesetz bietet der Polizei bessere Möglichkeiten, gegen Bordelle, gegen Menschenhandel und gegen die Prostitution von Minderjährigen vorzugehen.

Die schwedische Debatte

Obwohl 70% der schwedischen Bevölkerung das Gesetz befürworten und die Unterstützung in den jüngsten Bevölkerungssegmenten am höchsten ist, so hat es doch auch Feinde. Schweden hat seine eigene Pro-Prostitutions-Lobby, die von SANS (Sexarbeiter-und-Verbündeten-Netzwerk in Schweden) und der *Rose Alliance* (Schwedens nationale Organisation für Sex- und Erotikarbeiter) vertreten wird, welche Teil der internationalen Pro-Prostitutions-Organisation *Global Network of Sex Work Projects [NSWP]* sind. Gemeinsam mit Forschenden wie Susanne Dodillet und SpezialistInnen wie Petra Östergren behaupten sie energisch, Sexarbeit sei eine Tätigkeit wie jede andere. Diese Position wird auch von mehreren rechten Politikern, der Denkfabrik *Timbro* und der postmodernen linken Zeitschrift *Arena* vertreten. Die Jugendorganisationen, die der Zentrumspartei (*Centerpartiet*) und der liberalen Volkspartei (*Folkpartiet*) angeschlossen sind, haben ebenfalls die Idee aufgegriffen, dass Prostitution lediglich eine weitere aufregende Beschäftigung sei.

Östergren und Dodillet sind sehr aktiv in der nordischen Prostitutionsdebatte und arbeiten europaweit mit Pro-Prostitutions-AktivistInnen zusammen, um die Verbreitung des nordischen Modells zu verhindern. Die schwedische Schriftstellerin Kajsa Ekis Ekman schreibt darüber, wie Petra Östergren in ihrem Buch [mit dem auf Deutsch übersetzten Titel] *Pornografie, Huren und Feministinnen*(5) "Huren" und "Feministinnen" gegeneinander ausspielt - die "Hure" als aktives Subjekt und die Feministin als puritanische Unterdrückerin.(6) Östergren befragte für ihr Buch 13 Frauen, die alle behaupten, sie "lieben die Rolle der Hure"; sie hätten sich für die Prostitution entschieden, um die "Abhängigkeit von Männern" zu vermeiden; sie "brechen mit der herkömmlichen weiblichen (Geschlechter-)Rolle", übernehmen das "Kommando über die Männer" und verfügten laut Östergren über "eine gut entwickelte Machtanalyse". Sie behauptet, dass Feministinnen andererseits nur beschützen und bestrafen wollten, und beim Widerstand gegen die Sexindustrie gehe es lediglich "um Zensur und Kontrolle".

Nach dieser Perspektive ist die Prostituierte kein Opfer - sie ist eine starke Person, die weiß, was sie will. Diese Auffassung von Prostitution bildet die Grundlage für Susanne Dodillet's Doktorarbeit 2009 an der Universität von Göteborg: *Är sex arbete? (Ist Sex Arbeit?)*. Dodillet glaubt, das Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen weise SexverkäuferInnen die Rolle der passiven Opfer zu, ohne die Fähigkeit, unabhängige Entscheidungen treffen zu können. Dodillet zitiert Kirsten Frigstad, die führende Sprecherin von *PION* [norwegische SexarbeiterInnen-Organisation]: "Die meisten Prostituierten sind starke Frauen, die die Verantwortung für ihre Situation übernommen haben, und sie wollen nicht auf diese Weise beschrieben werden, denn sie sind keine Opfer im herkömmlichen Sinne." Dodillet's Behauptung lautet, dass in Schweden, anders als in Deutschland, "es nicht die Prostituierten selbst sind, die ihre Rolle beschrieben haben", sondern PolitikerInnen und SozialarbeiterInnen, die die Prostituierten als "mehr oder weniger hilflos" ansehen.

Östergren und Dodillet haben ihren gemeinsam verfassten Artikel *The Swedish Sex Purchase Act: Claimed Success and Documented Effects* (Das schwedische Sexkaufgesetz: Behaupteter Erfolg und dokumentierte Auswirkungen) auf mehreren internationalen Konferenzen zum Thema Prostitution vorgestellt. Sie lehnen bestehende Forschungen zu den Ursachen und Auswirkungen der Prostitution ab und setzen stattdessen ihr Drama von Gut gegen Böse fort. Auf der einen Seite stehen für sie "jene Frauen, die mit vielen Männern sexuelle Beziehungen haben und ihren Körper für Geld verkaufen", und auf der anderen Seite "radikale FeministInnen und PolitikerInnen".(7) Sie schließen daraus, das Gesetz "hat mit dem Wunsch zu tun, eine nationale Identität als moralisches Bewusstsein in der Welt zu schaffen und aufrechtzuerhalten; mit Begriffen von 'guter' und 'schlechter' Sexualität; mit dem Hurenstigma; mit der Schaffung neuer Formen sexuell abweichenden Verhaltens; mit einer kommunitaristischen statt einer liberalen politischen Kultur; und vielleicht vor allem einem stereotypen und uninformierten Verständnis von Prostitution."(8) Mit anderen Worten, sie sind nicht in der Lage aufzuzeigen, wo das Sexkaufgesetz versagt, und stellen stattdessen die Motivation infrage.

Die norwegische Debatte

Wir hätten uns niemals vorstellen können, wie stark der Widerstand gegen das norwegische Sexkaufgesetz sein würde, als es zum ersten Mal am 1. Januar 2009 in Kraft trat - vonseiten der Polizei, die es kaum durchsetzt; von Politikern, die die Aufhebung des Verbots zu einem Teil ihrer Wahlversprechen gemacht haben; und von den Medien, die Gegnern des Gesetzes und Lobpreisern der Prostitution eine Plattform bieten.

Immer wieder reproduzieren Artikel den Mythos des "ältesten Gewerbes der Welt", der "glücklichen Nutte" und der Prostituierten als "Sexarbeiterin". Im Mai 2013 präsentierte Norwegens größte Zeitung, VG [*Verdens Gang*], die "Sexarbeiterin" als intelligente Frau, die sich alles selbst ausgesucht habe.(9) Sie sei gesund und munter, ihre Arbeit sei aufregend und lukrativ, es gebe keinerlei Probleme, und sie könne mit Leichtigkeit eine Menge Geld verdienen. Sie praktiziere einwandfreie Hygiene und träume von einem zukünftige Glück mit Kindern und einem treuen Ehemann. Was sonst kann sich ein Sexkäufer erträumen, als dass es wieder legal werde, eine Frau wie eine beliebige andere Ware zu kaufen?

Die Politik: Führung und Basisbewegungen leisten Lobbyarbeit

Die rot-grüne Regierungskoalition von 2005-2013 kann bestenfalls als politische Lähmung und schlimmstenfalls als regelrechte Sabotage des Sexkaufgesetzes charakterisiert werden. Es ist kein Geheimnis, dass das Sexkaufgesetz gegen den Willen der Führungsmitglieder sowohl der Arbeiterpartei als auch der Sozialistischen Linkspartei umgesetzt wurde. Der damalige Justizminister Knut Storberget war ein überzeugter Gegner des neuen Gesetzes und dabei derjenige, der es durchsetzen sollte. Angesichts dessen ist es wohl kaum überraschend, dass das Gesetz auf sehr lasche Weise umgesetzt wurde. Die Konsequenz: In einigen Städten und Gemeinden ist die Situation in etwa dieselbe wie zuvor, während sie sich in anderen seit der Einführung des Gesetzes tatsächlich noch verschlechtert hat.

Stripteaselokale und diverse "Massagesalons" eröffnen jetzt an Standorten im ganzen Land. Die Online-Werbung nimmt zu, und Zwangsprostituierte aus Nigeria sind auf vielen norwegischen Straßen ein alltäglicher Anblick. Die gegenwärtige Situation, in der der Kauf sexueller Dienstleistungen üblich ist und die Polizei nur selten einschreitet, schafft Verachtung für das Sexkaufgesetz und hat führende Kommunalpolitiker in Stavanger, einer der größten Städte Norwegens, zu der Behauptung veranlasst, das Gesetz sei lächerlich und wirkungslos. Auf den Titelseiten der Zeitungen finden sich Schlagzeilen wie: "Der Hurenschock in Stavanger" und dass "der Hurenverkehr zurück" sei, während die Rolle der Zuhälter und Sexkäufer in der Diskussion nahezu unerwähnt bleibt. In manchen Debatten spricht man sich dafür aus, nicht nur den Kauf, sondern auch den Verkauf sexueller Dienstleistungen zu verbieten.

Dies steht im Gegensatz zu der Position vieler nationaler PolitikerInnen, die die Prostitution legalisieren wollen. Sie berufen sich auf die "Fakten", die von *Pro Sentret*, der norwegischen Prostitutionsbehörde, vorgelegt wurden und auf Forschungsberichte von *Fafo*, der Forschungseinrichtung der Gewerkschaften. Die meisten international verbreiteten Informationen zum norwegischen Sexkaufgesetz stammen von einer dieser beiden Institutionen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die internationale Öffentlichkeit ein wenig mehr über diese beiden Akteure erfährt.

Ideologische Forschung und weitere Propaganda

Fafo ist das Forschungszentrum der norwegischen Gewerkschaften mit den Schwerpunkten Arbeit und internationale Solidarität. Die Soziologin May-Len Skilbrei war ein zentraler Bestandteil der Bemühungen von *Fafo*, ein akademisches Umfeld innerhalb der Organisation aufzubauen, in dem auch die Sexindustrie aus der Arbeitsperspektive erforscht wird. Für *Fafo* ist Prostitution Arbeit und nicht Gewalt.

Alle von *Fafo* stammenden Berichte über Strippen und Prostitution haben eine sehr klare politische Agenda. Im Jahr 2009, nur einige Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes, kam May-Len Skilbrei zu dem Schluss, dass das Sexkaufgesetz gescheitert sei. Sie schrieb dazu eine Kolumne für die Zeitung *Klassekampen* (Klassenkampf), in der sie feststellte, das Gesetz sei nicht effektiv. Skilbrei ist nicht die einzige Forscherin bei *Fafo*, die diese Haltung einnimmt. Während einer Podiumsdiskussion im Jahr 2008 vertrat Guri Tyldum von *Fafo* die gleiche Position. Aber diese Forscherinnen waren schon lange zuvor zu ihrem Ergebnis gekommen. Bereits 2006 hatten Guri Tyldum und May-Len Skilbrei zusammen mit Anette Brunovskis geltend gemacht, dass das schwedische Sexkaufgesetz keine Wirkung zeige und daher aufgehoben werden solle⁽¹⁰⁾.

Im Mai 2013 legte *Fafo* einen Bericht vor mit dem Titel *Organisering, vilkår og hverdag i norske strippeklubber* (Organisation, Bedingungen und Alltag in norwegischen Strip-Clubs), der repräsentativ ist für die Art ideologischer "Forschung", die in den letzten fünf Jahren dort betrieben wurde. Wir werden uns nun diesen Bericht genauer anschauen, der vom norwegischen Ministerium für Kinder, Gleichstellung und soziale Eingliederung als Teil einer Studie über ein mögliches Verbot von Stripteaselokalen in Auftrag gegeben und von Ingunn Bjørkhaug, May-Len Skilbrei und Kristin Alsos verfasst worden war. Über einen Zeitraum von sieben Monaten befragten die Forscherinnen 30 Personen - sowohl Stripperinnen als auch andere TeilnehmerInnen - aus dem norwegischen Striptease-Gewerbe. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Stripperinnen ideenreiche "Tänzerinnen" seien, die keinerlei Ausbeutung erlitten; vielmehr verdienten sie gutes Geld und lebten während ihres Aufenthalts in Norwegen sehr gut. Die Autorinnen sahen keinen Zusammenhang zwischen den Strip-Clubs und der Prostitution.

Die Forscherinnen von *Fafo* geben an, sie hätten die Stripteaselokale nicht aus der sozialen Perspektive untersucht, und sie hätten beschlossen, weder nachzufragen noch auf andere Weise zu recherchieren, wohin das Geld der Strip-Clubs fließt. Falls sie ebenfalls beschlossen haben, auf Fragen und Recherchen zu verzichten, was eine eventuelle Nähe privater Tänzerinnen zur Prostitution angeht, aus welchem Personenkreis sich der Kundenstamm zusammensetzt, wie sich diese Tätigkeit langfristig auf die Stripperinnen auswirkt und was es für die Beteiligten und ihr Umfeld bedeutet, wenn Körper und Sexualität der Frauen als Sex-Entertainment für Männer benutzt werden - dann ist diese Forschung wohl mit einigen Schwachpunkten belastet. Wir wissen absolut gar nichts weiter über norwegische Strip-Clubs, seit dieser Bericht vorgelegt wurde. Zusätzlich zu den oben genannten Schwächen verwenden die Forscher ständig eine politisch aufgeladene Sprache: Die Stripperinnen werden als "Tänzerinnen" bezeichnet, die Kuppler/Zuhälter als "Agenten"; und das durch die Nachfrage der Kunden nach ständig neuen Frauen verursachte Nomadenleben der Stripperinnen wird als Folge der steuerlichen Rahmenbedingungen deklariert. Alle diese Faktoren zusammengenommen machen den Bericht eher zu einem politischen Dokument als zu einer gut recherchierten und durchdachten Forschungsarbeit.

Der *Fafo*-Bericht *Erfaringer i fem prostitusjonstiltak gjennom et halvt år* (Erfahrungen aus fünf Prostitutionsmaßnahmen während sechs Monaten)⁽¹¹⁾ von Anette Brunovskis verfolgt dieselbe Spur. Auf Seite 35 wird beschrieben, wie gefährdet Frauen in der Prostitution seien - nicht etwa, weil sie von Zuhältern und Kunden ausgebeutet würden oder weil Prostitution im Allgemeinen für sie schädlich sein könnte -, sondern weil die Polizei die Sexindustrie bekämpfe und Zuhälter und Kuppler festnehme. Und nun ist das Sexkaufgesetz nicht mehr das einzige Gesetz, das angegriffen wird: Das mehr als 100 Jahre alte Gesetz über Zuhälterei, welches das Profitieren von der Prostitution anderer illegal macht, steht ebenfalls unter Beschuss. Dem Bericht zufolge hat die Gewalt gegen Prostituierte in Oslo als Folge der strengen polizeilichen Durchsetzung des Gesetzes gegen Zuhälterei zugenommen, und der Bericht kommt zu dem Schluss, dass das Gesetz daher "abgemildert" werden sollte. Brunovskis fordert, Frauen sollten in den Bordellen nicht nur prostituiert werden - sie sollten dort auch wohnen können. Dies gibt *Fafos* Kritik an dem Gesetz eine fast rassistische Note. Die meisten Prostituierten in Norwegen sind keine NorwegerInnen, sondern Opfer des Menschenhandels aus ärmeren Ländern. Statt bessere Unterstützungsstrategien vonseiten der Regierung anzuregen, um denjenigen zu helfen, die die Prostitution verlassen möchten, sowie Maßnahmen wie Wohnung, Sozialleistungen und Hilfe bei der Arbeitssuche, fordert diese Forschungseinrichtung, dass die Polizei diese Frauen in den Bordellen in Ruhe lasse.

Das norwegische nationale Kompetenzzentrum: *Pro Sentret* [Pro Zentrum]

Pro Sentret ist sowohl eine nationale Behörde für Prostitution als auch eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen in der Prostitution. Ihre Rolle als Vorreiter der norwegischen Pro-Prostitutions-Lobby ist in mehreren Kapiteln dieses Buches ausführlich dokumentiert. Aufgrund der zu beobachtenden Propaganda auf internationaler Ebene sehen wir uns jedoch gezwungen, etwas über ihren Bericht von 2012 zu schreiben, dessen Titel [übersetzt] lautet: "Gefährliche Verbindungen. Ein Bericht über die Gewalt, der Frauen in der Prostitution in Oslo ausgesetzt sind."⁽¹²⁾

Man hätte erwartet, dass *Pro Sentret* als nationales Kompetenzzentrum, von der Regierung zum oben genannten Zweck eingesetzt, seine Prioritäten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über das Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen neu bewerten würde. Die Einrichtung machte jedoch weiter wie zuvor. *Pro Sentret* scheint seine Hauptaufgabe nicht darin zu sehen, Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution zu helfen, sondern vielmehr darin, die norwegische Gesetzgebung zu bekämpfen.

Ulla Bjørndahl von *Pro Sentret* veröffentlichte im Juni 2012 den Bericht "Gefährliche Verbindungen". Mehrere Zeitungen gaben dem auf ihren Titelseiten Raum, zusammen mit der Behauptung, das Sexkaufgesetz sei verantwortlich; worauf die konservative Partei ankündigte, sie

werde sich sogleich daran machen, an der Aufhebung des Gesetzes zu arbeiten. Die Schlagzeile lautete dahingehend, dass die Gewalt gegen Prostituierte nach der Einführung des Gesetzes zugenommen habe. Der Bericht war bereits in viele Länder als "die Wahrheit" über das norwegische Sexkaufgesetz verbreitet worden, noch bevor wir die Gelegenheit hatten, ihn zu lesen und zu entlarven. Doch der gesamte Bericht ist Unsinn und durch und durch unwissenschaftlich. *Pro Sentret* wurde daraufhin mit Fakten und Argumenten konfrontiert, und in Norwegen fiel der Bericht komplett durch, ohne großen Eindruck auf die öffentliche Meinung zu machen. Er hat jedoch international viel Schaden angerichtet. In vielen Ländern wird "Gefährliche Verbindungen" immer noch als die Wahrheit über das norwegische Sexkaufgesetz propagiert.

Was der Bericht allerdings zeigt, wenn auch unbeabsichtigt: Das Sexkaufgesetz funktioniert tatsächlich! Aus den Daten des Berichtes selbst geht hervor, dass die Häufigkeit schwerer Gewalttaten seit Inkrafttreten des Gesetzes abgenommen hat. Auf Seite 26 des Berichts heißt es, die Zahl der Vergewaltigungen habe sich fast um die Hälfte verringert: von 29% der Prostituierten auf 15%; "Schläge mit der Faust" sei von 29% auf 18% zurückgegangen, "Schläge mit der flachen Hand" von 27% auf 19%. Die zunehmende Gewalt, auf die sich *Pro Sentret* bezog, gehörte dagegen in die Kategorien "Begrapschen", "beleidigende Äußerungen", "Ziehen an den Haaren" und "Anspucken". Jedenfalls ist dies eine merkwürdige Art, Gewalt tabellarisch darzustellen, denn Prostitution war immer schon gewalttätig. In dem Bericht wird auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Grund für die Unzufriedenheit der Prostituierten darin bestehe, dass es weniger Kunden und somit schlechtere Bedingungen für die Prostitution gebe.(13)

Island und die Sexindustrie

Island ging bei der Einführung des Sexkaufgesetzes weiter als die übrigen nordischen Länder: Es schloss auch die Stripteaselokale. Die Beschäftigten in den Clubs waren überwiegend ausländische Frauen, die von Land zu Land wechselten. Sogenannte "AgentInnen" kassierten jeden Monat große Summen von den Frauen; sie hielten sie unter strenger Kontrolle und sorgten dafür, dass sich die Frauen "benahmen" - andernfalls wurden ihre Gehälter nicht ausgezahlt.

Die Haupteinnahmequelle für diese Frauen war das private [erotische] Tanzen, wo niemand kontrollierte, was sich zwischen dem Kunden und der Frau abspielte. Den Frauen wurden die Flugtickets und die Pässe abgenommen; sie mussten zunächst fünf kostenlose Probetänze nach Wahl der InhaberInnen aufführen und auch einen Vertrag unterzeichnen, der sie zu absoluter Diskretion verpflichtete. Zudem wurden den Frauen exorbitante Geldstrafen selbst für geringfügige Fehler angedroht, und ihre Miete war fünfmal höher als normalerweise üblich. Am Ende ihrer Vertragslaufzeit erhielten die Frauen einen Minimallohn, und der Rest hing davon ab, wie zufrieden ClubinhaberInnen und AgentIn mit dem Verhalten der Frau waren.

Die Sexindustrie ist profitabel, und es ist viel Kreativität gefragt, um das Gesetz zu umgehen. Kürzlich haben drei sogenannte Champagner-Clubs in Reykjavik eröffnet. Die Kunden kaufen Champagner für 20.000 isländische Kronen - derselbe Preis wie für eine Prostituierte, wobei der Preis ein privates Treffen mit ausländischen Frauen beinhaltet, um sie singen oder tanzen zu lassen oder sich zu unterhalten - obwohl viele der Frauen weder Isländisch noch Englisch sprechen.

Das Sexkaufgesetz in Island ist größtenteils nicht umgesetzt worden. Seit 2009 gab es nur eine Verurteilung - von acht Männern, die Sex von derselben Frau gekauft hatten. Sie wurden zu geringen Geldstrafen verurteilt, und der Prozess fand hinter verschlossenen Türen statt. In einem Fernsehinterview erklärte der Vorsitzende der Polizeivereinigung, das Gesetz sei so vieldeutig und schlecht geschrieben, dass der Versuch, es umzusetzen, fast keinen Sinn mache. Innerhalb der Polizei gibt es keinen einzigen Beamten, dem die Aufgabe zugewiesen wurde, in der Prostitution zu ermitteln. Mit der wichtigen Arbeit, das Gesetz durchzusetzen, wurde jene Abteilung beauftragt, die sich mit sexuellem Missbrauch befasst, und die ohnehin bereits unterbesetzt ist.

Anzeigen in Zeitungen und im Internet kann man entnehmen, dass die Nachfrage nach Prostitution hoch ist. Es wurde kein Versuch unternommen, die Webseiten zu löschen oder Werbung in Zeitungen zu verbieten. Nach viel Druck - und vor allem dank dem Engagement feministischer Gruppen - kam es 2011 schließlich zu Veränderungen. Der damalige Innenminister stellte der Polizei zusätzliche finanzielle Ressourcen für Ermittlungen im organisierten Verbrechen zur Verfügung, um ihr eine Fokussierung auf die Prostitution zu ermöglichen. Im Jahr 2013 meldete die Polizei, sie habe in mehr als 100 Fällen ermittelt, welche bei der Staatsanwaltschaft eingereicht worden seien. Obwohl in den letzten zwei Jahren Fortschritte erzielt wurden, müssen wir mit Bedauern feststellen, dass es, ebenso wie in Norwegen, anscheinend an politischem Willen mangelt, das Gesetz in Island durchzusetzen.

Im Gegensatz zu den anderen nordischen Ländern gibt es in Island weder eigene Pro-Prostitutions-Organisationen noch öffentlich agierende InteressenvertreterInnen, die sich gegen das Gesetz aussprechen. Keine der politischen Parteien bemüht sich um die Aufhebung des Gesetzes, obwohl wesentlich mehr hätte getan werden können, um es durchzusetzen.

Wirksamkeit des Sexkaufverbots

Ungeachtet der Tatsache, dass das Sexkaufgesetz offenbar die Zahl der Sexkäufer reduziert und Norwegen zu einem für Menschenhändler weniger attraktiven Land gemacht hat, gibt es noch viel zu kritisieren. Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen bei der Suche nach Unterkünften und Arbeit und bei der Anerkennung als Opfer von Menschenhandel sind weiterhin erforderlich. Unerlässlich wäre auch die Fokussierung auf die Gewalt durch Sexkäufer.

Die mangelnde Umsetzung durch die Polizei sowie das teilweise Sabotieren des Gesetzes sind große Schwachstellen; das Gleiche gilt für die unzureichende Zusammenarbeit zwischen Polizei, Sozialdiensten und Freiwilligenorganisationen, was die Angebote von Alternativen für die Frauen in der Prostitution angeht. Das Fehlen eines Ausstiegsprogramms ist Teil dessen, was wir in der feministischen Bewegung als Sabotieren des Gesetzes ansehen. Das Sexkaufgesetz in Norwegen stand von Anfang an auf wackligen Füßen und wurde durch massiven Widerstand vonseiten der Unterstützungsdienste für Prostituierte, der Forschungseinrichtungen und Politiker behindert. Dennoch funktioniert das Gesetz so gut, dass Norwegens neue rechte Regierung es auf keinen Fall kippen möchte, bevor eine Strategie entwickelt ist, um die Eroberung der dunklen Seitengassen durch die internationale Mafia zu verhindern.

Aufgrund der schwachen Position des Gesetzes in Norwegen verwendet die Pro-Prostitutions-Lobby gern Norwegen als Beispiel, um das Versagen des Sexkaufgesetzes aufzuzeigen. Auch wenn wir noch keine Gesellschaft haben, die frei ist von Pornografie, Prostitution und Menschenhandel, so glauben wir doch, dass ein Verbot des Sexkaufs ein wichtiger Schritt auf dem Weg dorthin ist. Wie die Daten von *Pro Sentret* belegen, ist die Zahl schwerer Gewalttaten gegen Prostituierte deutlich zurückgegangen, und der Prostitutionsmarkt hat sich seit der Einführung des Gesetzes in den meisten norwegischen Städten und Gemeinden leicht abgeschwächt. Da das Gesetz in Norwegen für einige Jahre nicht evaluiert wird, wissen wir noch nicht, wie es sich auf die Anzahl norwegischer Sexkäufer ausgewirkt hat; auch aus Island fehlen bislang entsprechende Erhebungen. Isländische Feministinnen beklagen, dass die Polizei nicht genug unternehme, um das Verbot durchzusetzen; aber in Island gibt es zumindest keine AktivistInnen, die an der Aufhebung des Verbots arbeiten, und Island hat wenig Kontakt zur internationalen Pro-Prostitutions-Lobby.

In Schweden dagegen gibt es seitens der Politik so gut wie keine Bestrebungen zur Aufhebung des Sexkaufgesetzes; der Staat hat es sich sogar zur Aufgabe gemacht, international für das nordische Modell zu werben. Die schwedische Polizei räumt der Durchsetzung des Gesetzes Vorrang ein und ist gern bereit, ihre wichtige Arbeit auf internationalen Konferenzen vorzustellen und andere Länder zu ermutigen, ihrem Beispiel zu folgen. Die oben erwähnte Bewertung des Sexkaufgesetzes und die aktive Rolle der Regierung neutralisieren viele der unbegründeten Forderungen der Pro-Prostitutions-Lobby.

Die Bewertung des Sexkaufgesetzes macht deutlich, dass Schweden seit dessen Umsetzung für die organisierte Kriminalität weniger attraktiv geworden ist. Die Straßenprostitution wurde um 50% reduziert, und weniger Männer kaufen jetzt Sex. Ebenso wie das gemeinsame nordische Verbot der körperlichen Bestrafung von Kindern bei den Eltern zu einem kollektiven Bewusstsein geführt hat, dass das Schlagen von Kindern inakzeptabel ist, so hat auch das Sexkaufgesetz bei den Männern zu einem erhöhten Bewusstsein geführt, dass der Kauf sexueller Dienstleistungen grundsätzlich falsch ist.

Laut Interpol bringt allein der illegale Menschenhandel jährlich rund 11 Milliarden Euro ein. Sowohl die schwedische als auch die norwegische Polizei sind der Ansicht, dass das Sexkaufgesetz ein gutes Instrument zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sei. Das Gesetz versetzt sie in die Lage, in Bordellen schneller einzugreifen und den Kampf gegen Menschenhändler und Prostitution von Minderjährigen effektiver zu führen.

Wir kämpfen gegen ein patriarchales System, und ein Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen stellt die vorherrschende Geschlechterordnung in Frage. Das Sexkaufgesetz ist Teil eines Kampfes gegen Strukturen und Einstellungen, welche die Frauen und ihre Sexualität auf ein Produkt reduzieren; und es stellt klar, dass es bei der Prostitution um die Einstellung der Gesellschaft zu Frauen, zur sozialen Entwicklung und zur Gleichberechtigung geht. Das nordische Modell ist eine Alternative zur konservativen Doppelmoral, die Prostitution lediglich als Problem der öffentlichen Ordnung versteht und den Menschenhandel in bestimmte Stadtteile verbannt. Das Gesetz ist auch insofern einzigartig, als es das ungleiche Machtverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage anerkennt.

Viele Länder verbieten sowohl den Kauf als auch den Verkauf sexueller Dienstleistungen, was aber nur dazu führt, dass Prostituierte noch hilfloser werden und noch mehr rechtlichen Schutz verlieren. Belästigung von Männern durch verzweifelte und aggressive Prostituierte mag ärgerlich sein, jedoch kann die Kriminalisierung der Opfer von Menschenhandel nicht die Lösung sein. Ein Verbot des Verkaufs sexueller Dienstleistungen trifft nur diejenigen, die bereits Opfer sind. Dieses Wissen ist die Grundlage für die Entscheidung, den Kauf - und nicht den Verkauf - sexueller Dienstleistungen zu verbieten, so wie es in dem in Schweden, Norwegen und Island bereits existierenden Sexkaufgesetz zum Ausdruck kommt. Das nordische Modell ist Ausdruck der Solidarität mit allen Frauen; es basiert auf den Menschenrechten und dem Wissen, dass Prostitution Gewalt gegen Frauen ist.

Das nordische Modell verändert die Einstellungen und Handlungsweisen der Männer und ist daher eine wesentliche Maßnahme zur Beendigung der Prostitution. Aber ein Gesetz allein ist nicht ausreichend; damit es die beabsichtigte Wirkung entfalten kann, muss es von der Polizei konsequent durchgesetzt werden. Entscheidend sind ebenfalls sich daran anschließende Hilfsprojekte für die Frauen in der Prostitution sowie verstärkte Sensibilisierungskampagnen, die sich an die Männer richten. Darüber hinaus muss die Gesellschaft als Ganzes die Idee unterstützen, dass Frauen keine Ware sind. Die Prostitutions- und Menschenhandelsindustrie ist ein internationales Milliarden-Euro-Ungeheuer, doch es kann gestoppt werden, wenn mehr Länder dem Beispiel Schwedens, Norwegens und Islands folgen und Männer davon abbringen, das Ungeheuer zu füttern, indem sie die von der Industrie angebotenen Waren kaufen.

Quellenangaben

- (1) [Der große NRW-Rotlicht-Report](#).
- (2) [Ungeschützt](#) (*Der Spiegel* 22/2013, 26 May 2013).
- (3) [Prostitution in the Netherlands since the lifting of the brothel ban](#), A.L. Daalder (2007).
- (4) [On legalised prostitution in the Netherlands](#), Karin Werkman (2011).
- (5) *Porr, horor och feminister*, Östergren (2006).
- (6) *Varat och varan: prostitution, surrogatmödraskap och den delade människan*, Kajsa Ekis Ekman (2008). [Engl. Übersetzung: [Being and Being Bought: Prostitution, Surrogacy and the Split Self](#); Anm. d. Übers.]
- (7) *Varat och varan*, Ekman (2008).
- (8) *The Swedish Sex Purchase Act: Claimed Success and Documented Effects*, Östergren and Dodillet (2011), p. 25.
- (9) *Verdens Gang*, May 4, 2013.
- (10) *Aftenposten*, June 23, 2006.

(11) *Fafo*-rapport 2013:29.

(12) *Farlige forbindelser. En rapport om volden kvinner i prostitusjon i Oslo utsettes for.* Ulla Bjørndal (2012).

(13) For a thorough analysis, see Samantha Berg's exquisite blog posts on *Feminist Current*:

[New research shows violence decreases under Nordic model: Why the radio silence?](#)

and:

[Norwegian prostitution research solid like iceberg](#)
